

Frankfurter Rundschau vom 03.03.2008 (gescannt)

Sorge um deutsches Stromnetz

Eon verteidigt geplanten Verkauf / Gewerkschaftschef Schmoldt warnt vor Einstieg ausländischer Konzerne

Eon-Vorstandschef Wulf Bernotat will der Bundesregierung in den nächsten Wochen Vorschläge für die Zukunft der Stromnetze in Deutschland unterbreiten. Dazu gehöre die Gründung einer Netz AG, an der sich verschiedene Investoren beteiligen könnten, sagte Bernotat dem Magazin Spiegel. Damit bleibe „die für die Versorgungssicherheit äußerst wichtige Infrastruktur zumindest im Einflussbereich der Regierung“.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte zuvor Forderungen von Verbänden und Politikern nach einem Einstieg des Bundes bei Stromnetzen zurückgewiesen: „Die Verstaatlichung des Hochspannungsnetzes habe ich nicht im Auge.“

Eon-Chef Bernotat verteidigte die überraschende Entscheidung, sich auf Druck der EU-Kommission von seinen Stromnetzen zu trennen. Der Betrieb von Stromnetzen in Deutschland lohne sich kaum noch, sagte Bernotat. So müsse sein Konzern in den nächsten Jahren rund zwei Milliarden Euro für den Anschluss von Windparks in die Netze investieren. Die maximale Rendite für diese Investitionen habe die Bundesnetzagentur auf 3,6 Prozent festgelegt. „Das ist lächerlich und würde bei Neuinvestitionen sofort zu hohen Wertberichtigungen in der Bilanz führen“.

Der Chef der IG BCE, Hubertus Schmoldt, riet zu einer vom Staat organisierten privaten Stiftung, um Deutschlands Einfluss auf die Netze zu sichern. Die Leitungen dürften weder an „Heuschrecken“ noch an ausländische Wettbewerber verkauft werden, forderte der Chef der Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Der Staat könne dann den Regulierer in der Stiftung installieren, der die für Modernisierung und Ausbau nötigen Investitionen vorgibt.

Verbraucherschützer warnten vor einem Einstieg staatlicher Investoren aus dem Ausland: Der Vorstand des Bundesverbands der Verbraucherzentralen, Gerd Billen, sagte dem Bremer Kurier am Sonntag: „Mit einem kurzfristigen Verkauf an Gasprom & Co. und ohne klare Kriterien erweisen wir dem Energiemarkt und den Kunden einen Bärendienst.“ dpa/rtr

